



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: BVHA/04/2018
Gremium: Bezirksvertretung Haspe
Tag: Mittwoch, 06.06.2018
Ort: Christian-Rohlf's-Gymnasium, Mensa, Erdgeschoss, 58135 Hagen, Ennepeufer 3
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Mitteilungen
4. Anfragen gem. § 5 Abs. 1 der Geschäftsordnung
 - 4.1. Anfrage der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Haspe
Hier: Brandt Zwiebackwerk
Vorlage: 0546/2018
 - 4.2. Anfrage der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Haspe
Hier: Schrottimmobilien
Vorlage: 0547/2018



5. Vorschläge gem. § 6 Abs. 1 der Geschäftsordnung
 - 5.1. Vorschlag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, Hagen Aktiv, FDP
hier: Vorschläge des Facharbeitskreises ÖPNV zur Verbesserung des Nahverkehrs
Vorlage: 0467/2018
 - 5.2. Vorschlag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Haspe
Hier: Planungen zur Erneuerung der Straße "In der Geweke"
Vorlage: 0548/2018
 - 5.3. Vorschlag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Haspe
Hier: WLAN Hotspot
Vorlage: 0549/2018
 - 5.4. Vorschlag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Haspe
Hier: Markierungen im Bereich obere Hördenstraße
Vorlage: 0555/2018
 - 5.5. Vorschlag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Haspe
Hier: Ladeverkehre in der Straße Schlackenmühle
Vorlage: 0556/2018
 - 5.6. Vorschlag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Haspe
Hier: Geschwindigkeitsreduzierung Berliner Straße
Vorlage: 0557/2018
6. Tagesordnungspunkte des Bezirksbürgermeisters
 - 6.1. Haushalt 2018 - Verwendung der Mittel der Bezirksvertretung Haspe -
7. Tagesordnungspunkte der Verwaltung
 - 7.1. Informationsvorlage HAGENplant 2035 – Sachstand, strategische Ziele, Zeitplanung und Projektfortgang
Vorlage: 0510/2018
 - 7.2. Satzung zur Pflege und zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Hagen - Baumpflegesatzung
hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: 0344/2018
 - 7.3. Änderung der Sperrmüllsammlung - Auswirkungen auf die Stadtsauberkeit
Vorlage: 0453/2018
8. Anfragen gem. § 18 der Geschäftsordnung



II. Nichtöffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Anfragen gem. § 5 Abs. 1 der Geschäftsordnung
3. Vorschläge gem. § 6 Abs. 1 der Geschäftsordnung
4. Tagesordnungspunkte des Bezirksbürgermeisters
5. Tagesordnungspunkte der Verwaltung
6. Anfragen gem. § 18 der Geschäftsordnung
7. Veröffentlichungen



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Thieser unterbricht die Sitzung um 16:01 Uhr und eröffnet die Bürgerdiskussionsrunde. Die Sitzungsunterbrechung endet um 16:20 Uhr.

2. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

3. Mitteilungen

Herr Thieser berichtet aus einem Gespräch mit der Verkehrsabteilung der Verwaltung und teilt mit, dass die am 03.11.2016 beschlossene veränderte Beschilderung im Bereich der Tückingstraße am 26.06.2017 installiert wurde. Die Bezirksregierung Arnsberg bittet um einen Erfahrungsbericht bezüglich der tatsächlichen Auswirkungen der neuen Beschilderung nach Ablauf eines Jahres. Damit die Unfallzahlen korrekt abgebildet werden können, wird die Polizei die Daten erst im August 2018 auswerten. Erst danach kann die Verwaltung die Auswertung an die Bezirksregierung Arnsberg weitergeben und anschließend mit einer Antwort rechnen.

Aufgrund einiger Beschwerden von Anwohnern wurde inzwischen durch die Verkehrsabteilung der Verwaltung eine „V-85“ – Geschwindigkeitsmessung für 7 Tage/24 Std. durchgehend angeordnet. Die Ergebnisse bleiben abzuwarten. Aufgrund des Beschlusses der Bezirksvertretung Haspe am 03.05.2018 wurde durch die Verkehrsbehörde die Beschilderung „Parken für PKW“ inzwischen in der Preußnerstraße erweitert und angeordnet.

Er verweist auf die ausgelegte Mitteilung des Fachbereiches Stadtentwicklung, -planung und Bauordnung, Abteilung Verkehrsplanung vom 04.06.2018 bezüglich der Fahrradabstellanlagen: „Radboxen-Projekt“, welche als **Anlage 1** Gegenstand der Niederschrift ist.

Frau Hammerschmidt teilt mit, dass der Abriss des Gebäudes der ehemaligen Kita Quambusch, Jungfernbruch 96, für 2019 geplant ist. Weitere Pläne für dieses Gebiet gebe es seitens der Verwaltung nicht. Es ist kein Aufstellungsbeschluss gefasst worden.

Bezüglich der Refinanzierungsstellen in der Bauordnung teilt sie mit, dass ein Kollege bereits am 01.05.2018 eingestellt wurde. Zwei weitere Kollegen werden zum 01.07.2018 eingestellt. Zwei Kollegen werden sich ausschließlich mit der Refinanzierung von städtischen Flächen beschäftigen und kümmern sich um die Aufstellungs- und Satzungsbeschlüsse der Bebauungspläne.



Zum Baumwipfelpfad teilt sie mit, dass am 12.07.2018 ein Termin mit allen Dezernaten im RVR stattfindet. Eine Flächennutzungsplanänderung müsse durchgeführt und an den Regionalplan angepasst werden. Im ersten Gespräch erfolgte eine negative Stellungnahme der Landesentwicklungsplanung. Die 32 Übernachtungsmöglichkeiten wurden als raumbedeutend eingestuft, daher erfolgte kein Einverständnis. Über die Ergebnisse des Gespräches informiert sie in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Haspe.

Bezüglich des Bremker Weges teilt Frau Hammerschmidt mit, dass die Verwaltung sich noch in dem Änderungsverfahren des Bebauungsplanes befindet. Die Bäume werden derzeit durch das Katasteramt neu eingemessen und der gesamte Fußweg geprüft. Anschließend werde eine Ausbauplanung des Weges geplant und Gespräche mit den Eigentümern finden statt.

Die Arbeiten zur Umgestaltung der Voerder Straße beginnen nach der Kirmes. Spätestens am 29.06.2018 soll mit der Baumaßnahme begonnen werden, welche in verschiedenen Abschnitten erfolgt.

4. Anfragen gem. § 5 Abs. 1 der Geschäftsordnung

4.1. Anfrage der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Haspe

Hier: Brandt Zwiebackwerk

Vorlage: 0546/2018

Frau Hammerschmidt teilt mit, dass auf der stadteinwärts rechts liegenden Seite des Grundstücks noch keine offiziellen Verhandlungen stattgefunden haben. Zivilrechtliche Gespräche wurden geführt. Interessenten gebe es. Es wurde jedoch kein Aufstellungsbeschluss gefasst.

4.2. Anfrage der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Haspe

Hier: Schrottimmobilien

Vorlage: 0547/2018

Herr Mervelskemper bezieht sich auf die in der Stellungnahme angegebene Problemimmobilie in der Nordstraße. Er fragt, ob mit dieser Immobilie passiere, ob schon Kontakt mit dem Besitzer aufgenommen wurde oder ob solche Immobilien im Rahmen eines Sonderprogrammes abgerissen werden.

Frau Hammerschmidt erläutert den Unterschied zwischen Problemimmobilien und Schrottimmobilien. Bei Problemimmobilien gehe es um das Modell Bauvorhaben, welches ein Förderprojekt sei. Hier müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Schrottimmobilien seien Vorhaben, welche generell nicht mehr bewohnbar seien. Die Fragen bezüglich der Nordstraße müssten durch die Liegenschaftsabteilung des Fachbereiches Bauverwaltung beantwortet werden.

Herr Thieser teilt mit, dass die Dachgeschosswohnung der Problemimmobilie in der Corbacher Straße in dieser Woche geräumt worden sei. Anwohner haben sich seit über einem Jahr hierüber beschwert.



Herr Gronwald berichtet von seiner Teilnahme an dem 14-tägigen Gesamteinsatz, welcher auch in der Corbacher Straße stattgefunden habe. Er lobt die Arbeit der Verwaltung, welche sich vorbildlich für die Familien und Kinder eingesetzt habe. Diese Immobilien müssten weiter kontrolliert werden. Die nächste Kontrolle werde unter Zuhilfenahme rumänischer Polizeibeamte stattfinden.

5. Vorschläge gem. § 6 Abs. 1 der Geschäftsordnung

5.1. Vorschlag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, Hagen Aktiv, FDP hier: Vorschläge des Facharbeitskreises ÖPNV zur Verbesserung des Nahverkehrs Vorlage: 0467/2018

Herr Thieser bedankt sich für die Arbeit des Arbeitskreises ÖPNV und weist auf den ausgelegten Beschlussvorschlag hin.

Herr Ludwig und Herr Grzeschista erläutern die Vorschläge des Facharbeitskreises ÖPNV und stellen die gegenwärtige sowie die vorgeschlagene Situation für den Bezirk Haspe vor, wie sie als **Anlage 2** Gegenstand der Niederschrift sind. Sie stellen die ersten Entwürfe für die Überarbeitung und Veränderungen der Nachtexpresse vor.

Frau Enders begrüßt es, dass der N12 bis zum Torhaus fährt. Der Zugang zum S-Bahnhof Westerbauer müsse barrierefrei gestaltet werden.

Herr Goertz lobt die Arbeit und die Vorschläge der Arbeitsgruppe ÖPNV. Er plädiert dafür, dass die Beschlüsse in den einzelnen Gremien gefasst werden, damit zu Beginn des nächsten Jahres die Fahrplanänderungen auch durchgeführt werden können.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Haspe begrüßt folgende Vorschläge des Facharbeitskreises ÖPNV zur Verbesserung des Nahverkehrs:

- Die Linie NE3 bleibt in ihrer heutigen Form bestehen und bildet mit der Linie 511 auf dem Abschnitt Hagen Stadtmitte – Haspe einen reinen 30-Minuten-Takt.
- Die Linie NE 7 verkehrt neu und nur in dieser Richtung: Hagen Stadtmitte – Hagen Hbf – Hestert – Spielbrink – Quambusch – Dickenbruchstraße – Haspe – Kuhlerkamp – Hagen Hbf – Stadtmitte



- Die Linie NE12 verkehrt neu und nur in dieser Richtung: Hagen Stadtmitte – Hagen Hbf – Kuhlerkamp – Haspe – Dickenbruchstraße – Baukloh – Quambusch – Oedenburgstraße – Haspe – Hestert – Allgemeines Krankenhaus (direkt weiter zum Hbf, die Haltestellen Theater, Cuno-Berufskolleg und Fichte-Gymnasium entfallen) – Hagen Hbf – Hagen Stadtmitte.
- Die Führung der Linie 511 über die Preußerstraße mit den Haltestellen „Preußerstraße“ und „Ernst-Meister-Platz“ entfällt in beiden Richtungen. Stattdessen verkehrt die Linie 511 wie die Linien 510 und 542 über die Berliner Straße und bedient neu die Haltestellen „BasseDruck“ , und „Heilig-Geist-Straße“. Die Preußerstraße wird bis auf Weiteres nicht mehr vom ÖPNV bedient.
- An der Haltestelle Hagen-Stadtmitte und allen anderen gemeinsamen Abfahrthaltestellen fahren die Linien 510, 511, 542 jeweils an der gleichen Teilhaltestelle ab. Die Ankunftshaltestellen in der Stadtmitte und in Haspe können davon abweichen.
- Die Linien 510, 511 und 542 verkehren auf dem gemeinsam befahrenen Abschnitt Hagen – Stadtmitte – Hagen – Hbf – Hagen Haspe und zurück grundsätzlich in einem gleichmäßigen Takt. Das bedeutet z. B. für montags bis freitags zwischen 6:00 und 18:00 Uhr einen einheitlichen Takt von 7,5 Minuten bzw. alle 7 bzw. 8 Minuten. In Fahrtrichtung Innenstadt halten die Linien 511 und 542 an der Haltestelle Hasper Torhaus. Der Hagener Straßenbahn AG ist freigestellt, stadteinwärts die Haltestelle Haspe Zentrum zu bedienen oder ggf. aufzulassen.
- Die Verwaltung wird gebeten, über die Hagener Straßenbahn AG die durchschnittlichen Fahrgastzahlen der Linie 511 im Bereich der Preußerstraße mitzuteilen.

Die Bezirksvertretung Haspe verweist die weiteren Entscheidungen zur Verbesserung des Nahverkehrs aufgrund der gesamtstädtischen Zusammenhänge und überbezirklichen Auswirkungen auf die Fachausschüsse und den Rat.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	7		
CDU	2		
Hagen Aktiv	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	1		
Die Linke	1		



Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0

**5.2. Vorschlag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Haspe
 Hier: Planungen zur Erneuerung der Straße "In der Geweke"
 Vorlage: 0548/2018**

Frau Hammerschmidt erläutert, dass die Prioritätenlisten für die Planungen beim Wirtschaftsbetrieb Hagen (WBH) geführt werden. Nach einem Beschluss müsse eine Stellungnahme von dort erfolgen.

Herr Gronwald weist auf die Prioritätenliste hin, in der alle Hasper Straßen aufgeführt wurden. Hier wurde die Straße „In der Geweke“ im Jahr 2019 angegeben. Die Straße ist in einem sehr schlechten Zustand. Daher begrüße seine Fraktion diesen Vorschlag, welcher evtl. eine Beschleunigung der Erneuerung herbeiführen könnte.

Herr Thieser macht deutlich, dass das ansässige Unternehmen vor Jahren gefordert habe, diese Straße zu erneuern. Eine geplante Erneuerung der Straße sollte seitens der Verwaltung sehr frühzeitig mit dem Unternehmen besprochen werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen zur Erneuerung der Straße „In der Geweke“ mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	7		
CDU	2		
Hagen Aktiv	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	1		
Die Linke	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0



5.3. Vorschlag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Haspe
Hier: WLAN Hotspot
Vorlage: 0549/2018

Herr Thieser weist auf die Stellungnahme der Verwaltung hin.

Frau Enders weist darauf hin, dass der Vorschlag für einen WLAN-Outdoor-Hotspot aus dem Jugendrat gekommen sei.

Herr Thieser beschreibt die derzeitige Situation im Hasper Torhaus. Aufgrund des einzigen WLAN Hotspots im der Stadtteilbücherei im Obergeschoss halten sich in den Freistunden und nach Schulschluss sehr viele Jugendliche im oberen Treppenhaus des Hauses auf, um Internetempfang zu haben. Diese Problematik könnte durch einen WLAN-Outdoor-Hotspot entzerrt werden. Er hofft auf positive Ergebnisse der Verwaltung.

Beschluss:

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	7		
CDU	2		
Hagen Aktiv	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	1		
Die Linke	1		

Zur Kenntnis genommen

Dafür: 13

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0



5.4. Vorschlag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Haspe
Hier: Markierungen im Bereich obere Hördenstraße
Vorlage: 0555/2018

Herr Romberg erläutert und begründet den Vorschlag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Haspe. Die Markierungen wurden inzwischen aufgetragen. Seiner Meinung nach seien die Zick-Zack-Linien nicht weit genug in die Straßen hereingeführt worden. Die Situation habe sich hierdurch nicht verbessert.

Frau Eckhoff der Verkehrsabteilung erläutert, dass Zick-Zack-Linien ein bereits bestehendes Haltverbot verdeutlichen, welches in einem Einmündungsbereich bei 5 m liegt. Die dort aufgetragenen Zick-Zack-Linien werden als ausreichend und eine weitere Beschilderung als nicht sinnvoll angesehen. Die Überwachung könnte in diesem Bereich verstärkt werden.

Herr Gronwald macht deutlich, dass die Fraktion Hagen Aktiv seinerzeit diesen Antrag eingebracht und vorgeschlagen habe, dass in den Einmündungsbereichen „Friedrichstraße nach rechts in die Hördenstraße“ und Im Hördenbruch nach rechts in die Hördenstraße“ zwei Fahrzeuglängen frei bleiben sollten. Nach den jetzt aufgetragenen Markierungen sei die Sicht nach wie vor eingeschränkt. In der Oedenburgstraße und im Lerchenfeld seien Parkplätze weggefallen, um die Sicht für die Abbieger zu verbessern.

Herr Romberg spricht sich ebenfalls gegen zusätzliche Beschilderung in diesem Bereich aus. Er bittet zu prüfen, ob es rechtlich möglich sei, die Zick-Zack-Linien lediglich auf der Ostseite der Hördenstraße um eine Fahrzeuglänge zu erweitern. Dann wäre sichergestellt, dass der Sichtwinkel eingesehen kann (Friedrichstraße rechts in die Hördenstraße bergab und Im Hördenbruch rechts in die Hördenstraße bergab). Dies erhöhe seiner Meinung nach die Sicherheit in diesem Bereich. Auf der Westseite der Hördenstraße sei dies nicht erforderlich.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Zick-Zack-Linien auf der Ostseite der Hördenstraße um ca. eine Fahrzeuglänge zu erweitern.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	7		
CDU	2		
Hagen Aktiv	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	1		
Die Linke	1		



Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>13</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

**5.5. Vorschlag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Haspe
Hier: Ladeverkehre in der Straße Schlackenmühle
Vorlage: 0556/2018**

Frau Eckhoff der Verkehrsbehörde erläutert, dass die Problematik durch Anlieferungen des dort ansässigen Gebrauchtwagenhändlers der Verwaltung bekannt sei. Die Situation wurde vor Ort geprüft. Es wurde ein absolutes Haltverbot in dem Bereich Hördenstraße nach dem Abbiegen vom Konrad-Adenauer-Ring angeordnet. Der Außendienst des Ordnungsamtes hat den Gebrauchtwagenhändler ebenfalls auf die beschriebene Problematik hingewiesen.

Herr Romberg weist darauf hin, dass die Autotransporter jetzt zunehmend auf der Westseite der Hördenstraße und in der Schlackenmühle stehen und die Gehwege komplett zuparken. Es sei für Menschen mit Kinderwagen oder auch Rollatoren nicht mehr möglich, dort entlang zu gehen. Die Nutzung des Gehweges sei nicht mehr möglich. Stünden die Autotransporter auf der Ostseite der Hördenstraße in der Nähe der Caritas, sei die Straße komplett zu und verursachten Verkehrsbehinderungen auch für die dort vorbeifahrenden Busse. Er fragt, ob der Gewerbetreibende gebeten werden könne, auf seinem eigenen Grundstück Platz für die Autotransporter zu schaffen. Das Be- und Entladen von Fahrzeugen über einen längeren Zeitraum auf der Straße verursache erhebliche Verkehrsbehinderungen.

Frau Eckhoff der Verkehrsbehörde schlägt vor, in dem Bereich der Schlackenmühle ein eingeschränktes Haltverbot anzuordnen, um dem Gebrauchtwagenhändler die Möglichkeit des Ladens zu gewähren.

Herr Gronwald gibt zu bedenken, dass die Bushaltestelle auf der gegenüberliegenden Seite von vielen Menschen mit Behinderungen, welche bei der Caritas arbeiten, genutzt werde.

Herr Thieser macht deutlich, dass die Verwaltung mit allen repressiven Mitteln dafür sorgen müsse, dass in diesem Bereich Ordnung geschaffen werde.

Beschluss:

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	7		
CDU	2		
Hagen Aktiv	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	1		
Die Linke	1		

Zur Kenntnis genommen

Dafür: 13
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0

**5.6. Vorschlag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Haspe
 Hier: Geschwindigkeitsreduzierung Berliner Straße
 Vorlage: 0557/2018**

Frau Eckhoff der Verkehrsbehörde teilt mit, dass die Geschwindigkeit in dem Abschnitt von der Berliner Straße 131 (ab Kreisel) aus ebenfalls auf 30 km/h mit dem Zusatz 7:00 bis 22:00 Uhr reduziert wird und bereits angeordnet wurde. Bezüglich der Installation der Schilder bittet Sie um etwas Geduld, da die Schilder erst durch den Wirtschaftsbetrieb Hagen bestellt werden müssen.

Beschluss:

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	7		
CDU	2		
Hagen Aktiv	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	1		
Die Linke	1		



Zur Kenntnis genommen

Dafür: 13
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0

6. Tagesordnungspunkte des Bezirksbürgermeisters

Keine

6.1. Haushalt 2018 - Verwendung der Mittel der Bezirksvertretung Haspe -

7. Tagesordnungspunkte der Verwaltung

**7.1. Informationsvorlage HAGENplant 2035 – Sachstand, strategische Ziele, Zeitplanung und Projektfortgang
 Vorlage: 0510/2018**

Herr Thieser wirbt dafür, an der Stadtbezirkswerkstatt in Haspe am 03.07.2018 im Vereinshaus St. Bonifatius um 19:00 Uhr teilzunehmen.

Beschluss:

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	7		
CDU	2		
Hagen Aktiv	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	1		
Die Linke	1		

Zur Kenntnis genommen

Dafür: 13
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0



**7.2. Satzung zur Pflege und zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Hagen -
Baumpfleagesatzung
hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: 0344/2018**

Herr Thieser weist darauf hin, dass die vorliegende Vorlage bisher in keiner Ratsfraktion beraten werden konnte. Diese Beratung sollte seiner Meinung nach abgewartet werden und anschließend eine Diskussion in den Bezirksvertretungen erfolgen. Er schlägt vor, die Vorlage in 1. Lesung zu beraten.

Frau Müller erläutert die Vorlage. In der Anlage 1 wurden in der linken Spalte die einzelnen Inhalte der Vorlage, in der mittleren Spalte die überarbeitete Version der Verwaltung in Abstimmung mit dem Rechtsamt und in der rechten Spalte die Erläuterung der Änderungen aufgeführt. Sie weist auf Anmerkungen an drei Stellen hin. Frau Müller weist darauf hin, dass der WBH ein Betrieb und keine Ordnungsbehörde sei. Daher müsse der ordnungsrechtliche Umgang dieser Satzung beim Umweltamt der Stadt Hagen erfolgen.

Herr Thieser merkt an, dass die Baumpfleagesatzung die eigenen Bäume der Stadt Hagen/des WBH ausnehme. Daher schlägt er folgende Ergänzung des Beschlusses vor: „Von der Baumpfleagesatzung werden ausdrücklich auch alle Baumbestände im Besitz der Stadt Hagen erfasst.“ Ebenfalls sei im Stellenplan keine Stelle hierfür vorgesehen. Seiner Meinung nach reiche eine Stelle für eine solche Umsetzung nicht aus.

Herr Gronwald führt aus, dass lt. Vorlage die Deckung der Kosten aus Mehrbeträgen durch Gebühren erfolge. Er bittet um Erläuterung.

Herr Romberg macht deutlich, dass lt. Ratsbeschluss und der seinerzeitigen Diskussionen hierzu eine Baumpfleagesatzung und keine Baumschutzsatzung eingeführt werden sollte, welche keine Kosten verursache. Er spricht sich ebenfalls für eine 1. Lesung aus.

Herr Goertz spricht sich für die vorgelegte Baumpfleagesatzung aus. In § 1 werde angegeben, warum eine Baumpfleagesatzung wichtig sei. Er weist darauf hin, dass der WBH Bäume nur bei Verkehrssicherungsmaßnahmen oder für die Stadt Hagen im Zuge der Freiräumung eines Baugebietes fälle. Ersatzmaßnahmen müsse dann der jeweilige Eigentümer treffen.

Frau Müller antwortet, dass der Entwurf der Baumpfleagesatzung aus dem Ratsbeschluss als Grundlage für die Prüfungen herangezogen worden ist. Fragen zu den finanziellen Auswirkungen könne das Umweltamt nicht beantworten. Die Antwort müsse durch den Fachbereich Personal und Organisation oder die Kämmerei erfolgen. Die öffentlichen Bäume werden genauso wie die privaten Bäume behandelt. Die Gebühren werden in § 7 Abs. 5 auf S. 11 geregelt. Im Entwurf wurde eine Gebühr aufgenommen, weil andere Ausnahmegenehmigungen oder Befreiungen ebenfalls mit Gebühren sind. Diese sollen durch das Um-



weltamt erhoben werden. Nach 2 Jahren soll berichtet werden, wie sich die Gelegenheit in der Praxis entwickelt hat.

Frau Hammerschmidt weist darauf hin, dass eine Person/ein Mitarbeiter ihrer Meinung nach aufgrund der Vielfalt der Aufgaben nicht alle Arbeiten abdecken könnte. Ordnungsbehördliche Verfahren, gleichzeitig Anfragen und Baugesuche mit amtlichen Lageplänen, in denen die Bäume eingetragen werden, zu bearbeiten wäre mit einer Person nicht möglich. Ebenfalls müsse die Vertretungsregelung berücksichtigt werden. Hier müssten noch interne Abstimmungen mit anderen Fachbereichen erfolgen.

Frau Winkler weist darauf hin, dass die Finanzierung auf Seite 5 der Vorlage in der Form dargestellt sei, dass zum großen Teil eine Deckung durch die Erhebung von Gebühren und Bußgeldern angenommen werde. Spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten der Satzung soll eine Evaluation stattfinden.

Herr Thieser weist darauf hin, dass in der Zeit ohne Baumschutzsatzung öffentliche Diskussionen über das Fällen von Bäumen überwiegend dann geführt worden sind, wenn städtische Bäume gefällt wurden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hagen beschließt die Satzung zur Pflege und zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Hagen (Baumpflegesatzung), wie sie als Anlage 2 Gegenstand der Verwaltungsvorlage (Drucksachen-Nr. 0344/2018) ist.

Der Rat der Stadt Hagen beauftragt die Verwaltung, die Stelle eines qualifizierten Baumpflegers in vollem Umfang zur Umsetzung der Baumpflegesatzung zunächst auf zwei Jahre befristet einzurichten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Wirksamkeit der Satzung sowie den Personalbedarf zwei Jahre nach Inkrafttreten der Satzung zu überprüfen und entsprechend zu korrigieren.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde in 1. Lesung beraten.



7.3. **Änderung der Sperrmüllsammlung - Auswirkungen auf die Stadtsauberkeit** **Vorlage: 0453/2018**

Herr Sasse vom Hagener Entsorgungsbetrieb HEB erläutert die Vorlage und stellt die fünf verschiedenen Systeme/Sperrmüllszenarien vor.

Herr Thieser merkt an, dass es eine Pauschale für eine Sperrmüllabfuhr bereits früher schon einmal gab. Seinerzeit seien diesbezüglich viele Diskussionen im Aufsichtsrat erfolgt. Aus bestimmten wichtigen Gründen wurde diese Pauschale abgeschafft und eine gewichtsabhängige Gebühr eingeführt. Er bittet darum, die damaligen Gründe für den Wechsel der Pauschalgebühr zur gewichtsabhängigen Gebühr herauszusuchen.

Herr Gronwald berichtet, dass die Sperrmüllabfuhr in Gevelsberg und Ennepetal kostenlos und die Abfallgebühren im Vergleich zu der Stadt Hagen nicht höher seien. Seiner Meinung nach bestehe in Hagen kein grundlegendes Sperrmüllproblem, sondern nur in gewissen Problemzonen. Er könne nicht nachvollziehen, warum eine Änderung der Sperrmüllsammlung mit einer Gebührenerhöhung verbunden sein müsse.

Herr Goertz ist der Auffassung, dass durch eine vernünftige Sperrmüllsammlung die Stadtsauberkeit verbessert werden könnte. Seiner Meinung nach hätte in eine solche Informationsvorlage die Systeme der Kommunen im Umkreis, wie z. B. Gevelsberg, Schwerte oder Ennepetal mit aufgeführt werden sollen.

Herr Romberg kann ebenfalls nicht nachvollziehen, dass sich durch eine kostenlose Sperrgutabfuhr die Stadtsauberkeit nicht verbessern könne.

Herr Sasse erläutert, dass es eine Verbesserung der Stadtsauberkeit geben werde, welche aber nicht bewusst wahrgenommen werden könne. Die illegalen Ablagerungen liegen derzeit bei 2 kg pro Einwohner und Jahr. Dies sei verglichen mit anderen Städten ein Durchschnittswert. Bei den illegalen Ablagerungen handle es sich nicht nur um Sperrmüll, sondern auch um Altpapier oder Elektroschrott, obwohl hier eine kostenlose Abnahme möglich sei. Bei Städten mit einer kostenlosen Sperrgutabfuhr gebe es ähnliche Probleme der illegalen Müllablagerungen wie in Hagen.

Frau Grebe vom Hagener Entsorgungsbetrieb HEB erläutert das Pilotprojekt der Müllwächter „Waste Watcher“ Sie weist darauf hin, dass die Vorlage in der Ratssitzung am 05.07.2018 beschlossen werden sollte, damit die Umsetzung rechtzeitig erfolgen könne. Die Zeit nach dem Ratsbeschluss im Juli werde benötigt, um Fahrzeuge zu bestellen. Erfolge ein Ratsbeschluss erst im September 2018, werde sich die gesamte Umsetzung der Vorlage nach hinten verschieben müssen.

Herr Thieser macht deutlich, dass die Fragen der Zuständigkeiten nicht eindeutig geklärt seien. In der Vorlage werde nicht angegeben, wie und in welchem



Verhältnis das Ordnungsamt, das Umweltamt und HEB in diesem Fall zusammen arbeiten. Er empfiehlt, die Zuständigkeiten, die Kompetenzen der Müllwächter und auch die Gebühren/Bußgelder klar und transparent aufzuführen.

Herr Gronwald bezieht sich auf den in der Vorlage angegebenen Verdienst der Müllwächter im Vergleich mit den von ihm recherchierten Verdiensten von Müllwächtern in Wien. In Wien verdienen Müllwächter erheblich weniger als es in Hagen geplant sei. Er bittet darum, die angegebenen 62.000,00 € zu begründen.

Frau Grebe antwortet, dass ein Müllwächter von HEB und ein Müllwächter von der Stadt Hagen eingesetzt werden soll. Der Müllwächter der Stadt Hagen müsse mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattet und in einer gewissen Eingruppierung tätig sein. Die 62.000,00 € seien nicht als Bruttoverdienst, sondern als Durchschnittswert mit Lohnnebenkosten für die Stadt bzw. HEB angegeben.

Herr Thieser schlägt vor, die Vorlage in 1. Lesung zu beraten, damit alle offenen Fragen der Vorlage in den Fachausschüssen geklärt werden können.

Beschluss:

Der Rat beschließt vorbehaltlich der noch darzustellenden Finanzierbarkeit des Eigenanteils, dass die Sperrmüllsammlung in Hagen auf der Grundlage des Szenarios V neu zu organisieren ist und das Pilotprojekt „Waste Watcher“ mit insgesamt 16 Mitarbeitenden ausgestattet wird.

Illegale Müllablagerungen werden dem Verursacher mit einem Pauschalbetrag in Rechnung gestellt.

Die Abfallberatung wird intensiviert.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde in 1. Lesung beraten.



8. Anfragen gem. § 18 der Geschäftsordnung

Herr Gronwald fragt, warum ein Artenschutzmanager in der Stadt Hagen bisher nicht umgesetzt werden konnte. Dies sei von der Fraktion Hagen Aktiv beantragt worden. Der jetzt vorliegende Antrag der SPD-Fraktion unterstütze auch ihr Anliegen, in Hagen einen Artenschutzmanager zu bekommen.

Herr Thieser sagt schriftliche Beantwortung zu.

Frau Enders bezieht sich auf den Hammergraben bzw. Untergraben von der Frankstraße bis zur Tillmannsstraße. Dieser sei erheblich zugewachsen. Früher mussten die Anlieger den Graben auf ihrer Seite sauber halten. Sie erkundigt sich nach der Zuständigkeit und bittet darum, den Graben freizuschneiden.

Herr Thieser sagt schriftliche Beantwortung zu.

Ende des öffentlichen Teiles: 18:05 Uhr



C.

Name	Bemerkungen	
Herr Thieser, Dietmar	SPD	
Herr Bradenbrink, Frank	SPD	
Herr Bakhtyar, Alexander	SPD	
Frau Huvers, Rita	SPD	
Herr Mervelskemper, Peter	SPD	
Herr Röhrig, Udo	SPD	
Herr Müller, Frank	SPD	
Frau Bremser, Heike	CDU	Entschuldigt!
Frau Enders, Erika	CDU	
Romberg, Gerhard	CDU	
Herr Gehrke, Matthias	CDU	Entschuldigt!
Herr Gronwald, Michael	Hagen Aktiv	
Frau Baltuttis, Silvia	Hagen Aktiv	
Herr Hentschel, Rüdiger	Die Linke	
Herr Goertz, Uwe	Bündnis 90/Die Grünen	

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Kiszkenow, Torsten
 Herr Stricker, Günter
 Herr Schrötter, Dennis

Schriftführerin

Frau Eckhoff, Kerstin

Verwaltungsvorstand

Herr Huyeng, Thomas, Entschuldigt, i. V. Frau Winkler, Judith, Leiterin Rechtsamt

Vertreter der Fachämter/Gäste

Frau Hammerschmidt, Barbara	Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Bauordnung	61
Frau Eckhoff, Lena	Fachbereich für öffentliche Sicherheit, Verkehr, Bürgerdienste und Personenstandswese	32/041
Frau Müller, Susanne	Umweltamt,	69/102
Herr Sasse	HEB	
Frau Grebe	HEB	
Herr Grzeschista, Michael	Arbeitskreis ÖPNV	
Herr Ludwig, Rüdiger	Arbeitskreis ÖPNV	

Dietmar Thieser
 Bezirksbürgermeister

Kerstin Eckhoff
 Schriftführerin